

Quo vadis Geschichtsunterricht in Brandenburg? - Mehr historische Bildung, aber wie?

Vorüberlegungen für das Forum im Herbst 2020

Während einige Bundesländer (z. B. NRW, Niedersachsen) wieder dazu übergegangen sind, die Rahmenbedingungen für das gesellschaftswissenschaftliche Fächerangebot und damit auch für das Fach Geschichte durch die Rücknahme der Schulzeitverkürzung zu verbessern, betreibt die Bildungsadministration in Brandenburg unvermindert einen Kurs der vermeintlichen Effektivität und Sparsamkeit weiter. Dieses Vorgehen zeigt sich in der Praxis als Stundenkürzung bzw. als Auflösen autonomer Fächer in den sogenannten Integrationskonstruktionen wie "Gesellschaftswissenschaften" oder "Naturwissenschaften". Wir haben bereits diesen Zustand und die Folgen für das Fach Geschichte in mehreren Beiträgen unserer Verbandspublikation und in unserem "Positionspapier" dargestellt (siehe *gfh*, Ausgabe 4/2019). Die verantwortlichen Schulpolitiker der o. g. Bundesländer beweisen hingegen mit ihren Entscheidungen, dass es möglich ist, der historischen Bildung in allen Schulformen und Schulstufen eine zeitgemäße Orientierung zu geben. Die in Brandenburg gegenwärtig weit verbreitete und vorherrschende Tendenz, die bildungspolitischen Konzepte an der Praxis vorbei einer vorrangig theoriegetriebenen Fachdidaktik konzeptionell zu überlassen, scheint sich jedoch nicht bewährt zu haben. Leider haben wir uns in Brandenburg nach fast 30 Jahren Schulentwicklung von dem hehren Anspruch, allen Kindern und Jugendlichen ein solches Unterrichtsfach gleichberechtigt anzubieten, das ihnen durch solides historisches Wissen eine Gegenwarts- und Zukunftsorientierung erleichtert, Schritt um Schritt entfernt. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich die Bildungspolitik in Brandenburg eher "nach unten" orientiert hat und dass strukturelles Stückwerk sowie Senkung der Leistungsmaßstäbe den pragmatischen Kurs nach wie vor bestimmen.

Der Landesverband beschäftigt sich schon lange Zeit mit folgenden Fragen: Wie hoch muss der Anteil des Geschichtsunterrichts im historisch-politischen Bildungsangebot sein, damit Schule ihrer Verantwortung angesichts wachsender geschichtsrevisionistischer und rechtsextremistischer Tendenzen in der Gesellschaft gerecht wird? Ist der gegenwärtige gesetzlich und curricular fixierte Status quo im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich ein schulisches Angebot für die Zukunft?

Wenn Geschichte für zahlreiche Schulabgänger im politischen Verhalten kaum noch eine Handlungsanleitung darstellt, dann ist vorrangig die Landespolitik und weniger die Fachlehrkraft vor Ort gefragt. Der VGD mahnte angesichts dieser Entwicklung stets Kursänderungen an. Seit unserer Aktion vor den Landtagswahlen (September 2019), die Politik und die Fachwissenschaft erneut für unser Anliegen zu sensibilisieren (siehe *gfh*, Ausgabe 1/2020), haben wir feststellen können, dass wir nicht auf verlorenem Posten stehen. Für das von uns initiierte Forum im Herbst 2020 haben wir (hier schon) einige Erkenntnisse bereit, die diskutiert werden sollten:

Die Mitglieder des Landesverbandes und zahlreiche Fachlehrerinnen und Fachlehrer an den Schulen Brandenburgs fordern, dass der Geschichtsunterricht seinen Stellenwert zurückerhält. Die seit 2014/2015 curricular untermauerte Reduktion von Fachwissen in Geschichte geht einher mit der Absenkung von Bildungsstandards. Prioritätenverschiebungen im Bildungskanon zu Lasten von Geschichte finden wir im Integrationsfach "Gesellschaftswissenschaften". Angesichts der gegenwärtigen personellen und strukturellen Probleme an Brandenburgs Schulen gibt es keine Garantie, dass Geschichte in dieser Fachkonstruktion noch in allen Klassenstufen eine Rolle spielt. Das Problem besteht weiterhin darin, dass der nunmehr zusammengestutzte Geschichtsunterricht seiner für die Demokratiebildung dienenden Funktion kaum noch gerecht werden kann.

Wir werden nicht nachlassen, solche Fehlentwicklungen zu benennen und öffentlich zu machen, um sie zu überwinden. Mehrfach haben wir unsere Sorge darüber zum Ausdruck gebracht, dass die gravierenden Wissensdefizite der Schulabgänger in Geschichte niemand in der Bildungsadministration und nur wenige politische Verantwortungsträger berühren. Die Verantwortlichen für die radikale Kürzung des Geschichtsunterrichts im Bildungsangebot an Brandenburger Schulen seit den 90er-Jahren ließen hierzu zu keiner Zeit eine grundsätzliche Diskussion aufkommen, da sie der Auffassung waren, durch das Zusammenführen der "affinen Fachinhalte" von Politischer Bildung, Geschichte und Geografie auf dem richtigen Weg zu sein. Die immer wiederkehrenden medialen Empörungswellen im Zusammenhang mit Schülerbefragungen anlässlich bedeutender Jubiläen zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte, die verheerende Wissenslücken offen legten, verhalten ohne Konsequenzen hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen des Faches Geschichte durch einen erweiterten und sicheren Platz in der Stundentafel sowie durch die Auswahl und Ausbildung eines geeigneten Lehrpersonals zu ziehen.

Wir sind der Auffassung, dass es bessere Konzepte für die Rückkehr zu einem den gesellschaftlichen Erfordernissen adäquaten Geschichtsunterricht gibt, um somit das von der Politik vehement geforderte Ziel, in der Schule die entscheidenden Grundlagen für eine historisch aufgeklärte Jugend zu legen, zu erreichen. Die gemeinsamen Reformbemühungen des VGD und der Landesregierung in NRW 2019, die zu einer Erhöhung des Stundendeputats für Geschichte führten, sollten den Diskurs für die Zukunft des Geschichtsunterrichts in Brandenburg mitbestimmen. Diskussionsgrundlage des Forums "Quo vadis Geschichtsunterricht in Brandenburg?", zu dem Geschichtslehrkräfte, Historiker und Fachdidaktiker eingeladen werden, sind die fünf Forderungen des im vergangenen Jahr vom Landesverband veröffentlichten "Positionspapiers" (siehe *gfh*, Ausgabe 4/2019). Guter Geschichtsunterricht mit gesicherten Rahmenbedingungen kann durch Sach-, Urteils- und Methodenkompetenz gegen leichtfertiger Übernahme radikaler Ideen immun machen. Nichts schadet der Demokratie mehr als der Geschichtsvergessenheit "das Feld" zu bereiten. Natürlich kann der Geschichtsunterricht nicht jeden erreichen und ihn vor politischer Torheit schützen! Umso mehr sollten wir uns deutlich gegen die schulpolitische Ignoranz oben genannter Fehlentwicklungen positionieren und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Besuche von außerschulischen Lernorten - Prignitzer Museen mit neuen Angeboten für den Geschichtsunterricht

Seit 2015 haben sich mehrere Museen, Gedenkstätten sowie der Archäologische Park in Freyenstein zu einem *Förderkreis Prignitzer Museen e. V.* zusammen getan (siehe auch *gfh-Ausgabe 3/2016*), um sich in ihrer Vielfalt zu stärken. Im Informationsflyer heißt es hinsichtlich der Angebote für die Schulen: "Mit einer intensiven und weitgefächerten Vermittlungsarbeit sollen die historischen Kenntnisse vor allem jüngeren Menschen über die Region und ihre Besonderheiten vertieft und gefestigt werden." Das erfolgt über "die Erarbeitung und Etablierung von regional ausgerichteten und verankerten Angeboten im Bereich der Museumspädagogik, die die breite Vielfalt und unterschiedlichen Schwerpunkte der einzelnen Museen in der historischen Region Prignitz aufgreifen und widerspiegeln sollen". Kontakte für die Verabredung von Schülerprojektarbeit können über folgende Adressen aufgenommen werden: Förderkreis Prignitzer Museen. e.V., c/o Museumsfabrik Pritzwalk, Meyenburger Tor 3a, 16928 bzw. foerderkreis@prignitzer-museen.de.

Dr. Günter Kolende

Potsdam